



NIEDERSCHRIFT

**über die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung der Kreisstadt Eschwege
am 07.11.2019**

Sitzungsnummer: v.-Ver/061/2019

Anwesend waren:

Vorsitzende/r

Herr Claus Hamp	
-----------------	--

CDU-Fraktion

Herr Lars-Henning Bartels	
Frau Leonie Bierent	
Herr Dr. Manfred Bödicker	
Frau Angelika Knapp-Lohkemper	
Herr Jörg Rüppel	
Frau Susanne Rüppel	
Herr Michael Schmidt	
Herr Stefan Schneider	
Frau Annegret Schröter	
Herr Klaus Wolf	

SPD-Fraktion

Herr Ramiz Arifi	
Herr Markus Claus	
Herr Alexander Feiertag	
Herr Stefan Fiege	
Herr Jörg Heinz	
Herr Knut John	
Frau Gabriele Kniese	
Herr Karl Montag	
Herr Marcus Stolle	
Frau Petra Strauß	

FWG-Fraktion

Herr Jochen Grüning	
Herr Jürgen Häcker	
Herr Andreas Hölzel	

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Herr Siegfried Fiegenbaum	
Frau Vanessa Grauer	

Fraktion Die Linke

Herr Bernhard Gassmann	
Frau Erika Rebbig-Kosir	

FDP-Fraktion

Frau Jutta Thiele	
Herr Klaus Volkmar	

Mitglieder des Magistrats

Herr Heinz-Jürgen Gathmann	
Herr Stefan Happel	
Herr Alexander Heppe	
Frau Patricia Hölzel	
Frau Heidrun Ott	
Herr Lukas Sennhenn	
Herr Theodor Sternal	
Herr Matthias Wenderoth	

Ortsvorsteher

Herr Rainer Bick	
Herr Matthias Herzog	
Herr Walter Hoefel	
Herr Georg Hofmann	
Herr Wolfgang Werner	

Schriftführer/in

Herr Volker Jatho	
-------------------	--

von der Verwaltung

Frau Rebecca Herzog-Meister	
-----------------------------	--

Entschuldigt:

CDU-Fraktion

Herr Ortwin Ludwig	
Herr Dennis Moneke	
Herr Dr. Hans-Henning Peters	
Frau Elisa Rabe-Bartels	

SPD-Fraktion

Herr Joachim Lorchheim	
Herr Thomas Reyer	
Frau Jacqueline Stolle	

Mitglieder des Magistrats

Herr Thomas Große	
-------------------	--

Ortsvorsteher

Herr Thomas Rehbein	
---------------------	--

Vorsitzende/r des Ausländerbeirates

Herr Washa Beroschwili	
------------------------	--

Beginn der Sitzung:

19:00 Uhr

Ende der Sitzung:

21:14 Uhr

Herr Stv.-V. Hamp begrüßt alle Mandatsträger/-innen, Gäste und die Presse.

Anschließend gratuliert er allen Mandatsträgerinnen/Mandatsträgern, die seit der letzten Sitzung Geburtstag hatten.

Er weist darauf hin, dass zur Sitzung form- und fristgerecht eingeladen wurde und die Hinweisbekanntmachung am 02.11.2019 in der Werra-Rundschau erfolgte. Außerdem stellt er fest, dass die Stadtverordnetenversammlung beschlussfähig ist.

Der Anregung von Herrn Stv.-V. Hamp, die TOP 2 - Magistratsbericht - und TOP 3 - Anregungen - aus der letzten Stadtverordnetensitzung mit den Punkten 8 - Magistratsbericht - und 9 - Anregungen - dieser Sitzung zusammenzufassen, wird entsprochen.

Beschluss:

Der Tagesordnung wird in der geänderten Form zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Beschlossen

Ja: 29, Nein: ---, Enthaltungen: ---

Das Protokoll vom 29.08.2019 wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

Beschlossen

Ja: 15, Nein: 14, Enthaltungen: ---

Das Protokoll vom 26.09.2019 wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

Beschlossen

Ja: 15, Nein: 14, Enthaltungen: ---

Die Tagesordnung für die heutige Sitzung lautet wie folgt:

Folgende Tagesordnungspunkte wurden behandelt:

TOP	Titel	
1.	Antrag der SPD-Stv.-Fraktion betr. Bericht zum Neubau einer Kindertagesstätte auf dem früheren Bahngelände westlich des Stadtbahnhofs in Eschwege Vorlage: 2019/0257/SVV	6
2. neu, alt 4.	Beratung und Beschlussfassung über das Integrierte Städtebauliche Entwicklungskonzept Eschwege „Revitalisierung Stadtbahnhofsquartier“ sowie über die Erweiterung des Fördergebietes „Stadtbahnhof“ und förmliche Festlegung des Stadtumbaugebietes Eschwege „Julphar und westliche Bahnflächen“ Vorlage: 2019/0262/SVV	7
3. neu, alt 5.	Untersuchungskosten für multiresistente Keime im Abwasser Hier: Auftragsvergabe an das Karlsruher Institut für Technologie Vorlage: 2019/0263/SVV	8
4. neu, alt 6.	Antrag der CDU-, FWG- und FDP-Stv.-Fraktion betr. #eschwegeplastikfrei Vorlage: 2019/0260/SVV	9
5. neu, alt 7.	Antrag der Grünen-Stv.-Fraktion betr. Präventionsmaßnahmen gegen Starkregenereignisse Vorlage: 2019/0261/SVV	11
6. neu, alt 8.	Magistratsbericht	13
7. neu, alt 9.	Anregungen.....	17

1. Antrag der SPD-Stv.-Fraktion betr. Bericht zum Neubau einer Kindertagesstätte auf dem früheren Bahngelände westlich des Stadtbahnhofs in Eschwege
Vorlage: 2019/0257/SVV

Zuständiger Fachbereich: Fachbereich 3.3, Fachbereich 2.2, Fachbereich 1.1

Herr Bgm. Hepe trägt die Antworten auf die im Antrag genannten Fragen wie folgt vor:

Der Beschluss der Stadtverordnetenversammlung zum Bau einer 6-gruppigen Einrichtung am Standort Westliches Bahnhofsumfeld erfolgte nicht am 08.06.2017, sondern am 30.05.2018. Demzufolge sind bis dato genau 526 Tage vergangen und nicht 2,5 Jahre.

Der Bauantrag wurde am 28.03.2019 gestellt, die Baugenehmigung wurde am 03.06.2019 erteilt. Der aktuelle Bauzeitenplan sieht den Baubeginn am 12.12.2019 vor, Fertigstellung Februar 2021. Der Bauzeitenplan befindet sich weiter in der Abstimmung, um den Fertigstellungstermin frühzeitiger zu erreichen. Risiken bezüglich der Einhaltung des Bauzeitenplans sind wetter- sowie branchenbedingt vorhanden. Die Landesförderung aus dem Investitionsprogramm „Kinderbetreuungsfinanzierung“ für einen Zuschuss in Höhe von 1,5 Mio. wurde im April 2019 gestellt; des Weiteren eine Förderung über das EFRE-Programm über rd. 1.2 Mio.€ im April 2019. Aufgrund der damit verbundenen baufachlichen Prüfung ergab sich ein Verzug bis zur vorzeitigen Freigabe für die Ausführungsplanung LP5 ff. bis Anfang Juni. Beide Bewilligungen stehen noch aus. Unter der Voraussetzung der positiven Bescheide in vorgenannter Höhe verbleiben rd. 1,6 Mio € zzgl. einem Puffer in Höhe von 500.000 € Invest bei der Kreisstadt Eschwege. Inzwischen liegen erste Bewerbungen von Fachkräften für die neue Kita vor, anvisiert wird auch die Übernahme der in der Notgruppe in Niederhone beschäftigten Mitarbeiterinnen. Die Personalakquise wird im Frühjahr nach Konkretisierung des Bauzeitenplans intensiviert. Im Hinblick auf die Versorgung mit Krippen und Regelplätzen sind aktuell keine verlässlichen Aussagen zu treffen, eine weitere Notgruppe kann nicht ausgeschlossen werden.

Herr Bgm. Hepe verweist außerdem auf die nächste Sitzung des Ausschusses für Bauen und Umwelt.

Herr Stv. Claus bemängelt, dass die Antworten ohne Einbringung des Antrages gleich beantwortet wurden.

Danach ruft Herr Stv.-V. Hamp den Antrag formell auf und Herr Stv. Claus trägt den Antrag der SPD-Stv.-Fraktion vor. Herr Claus bemängelt die bisherige Vorgehensweise und verweist auf den bestehenden Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz. Mit Umsetzung der KiTa in einem Bestandsgebäude wäre das Verfahren deutlich kürzer.

Antragstext:

Die Stadtverordnetenversammlung möge folgenden Beschluss fassen:

Der Magistrat der Kreisstadt Eschwege wird beauftragt, über den aktuellen Sachstand der Planungen bezüglich der geplanten Kindertagesstätte am Bahngelände in der Stadtverordnetenversammlung zu berichten, sowie folgenden Fragen zu beantworten:

Vorbemerkung:

Durch Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 08.06.2017 ist der Magistrat der Kreisstadt Eschwege beauftragt worden, den Neubau einer KiTa in Eschwege zu verwirklichen. Seit dieser Beschlussfassung der Stadtverordnetenversammlung sind nunmehr annähernd 2,5 Jahre vergangen. Laut Aussage des Bürgermeisters sollte die neue KiTa in 2020 bezugsfertig sein.

Wir fragen den Magistrat:

- Ist der Bauantrag gestellt?
- Wann ist mit der Genehmigung des Bauantrags zu rechnen?
- Ist ein Bauzeitenplan erstellt? Wenn ja, bitte Vorlage in der Stadtverordnetenversammlung.
- Wann ist mit dem Baubeginn zu rechnen?
- Sieht der Magistrat Risiken hinsichtlich der Einhaltung des Bauzeitenplanes?
- Welche Anträge auf Förderung durch Bundes- bzw. Landesmittel sind gestellt?
- Welche Förderanträge sind bereits in welcher Höhe genehmigt?
- Welche Investitionssumme verbleibt bei der Stadt Eschwege?
- Wann ist mit der Fertigstellung und Übergabe der KiTa zu rechnen?
- Wenn es wie geplant zu einer Eröffnung in 2020 kommen sollte, welche Maßnahmen wurden getroffen, um die nötigen Fachkräfte zu bekommen?
- Reicht die in der Turnhalle in Niederhone eingerichtete Notgruppe aus, um allen anspruchsberechtigten Kindern bis zur Eröffnung der neuen Kita einen Platz zu sichern?
Wenn nicht, wo sollen diese Kinder dann untergebracht werden?

Herr Stv. Schneider erklärt, dass eine Verzögerung bei der Umsetzung der Baumaßnahme dadurch entstanden sei, dass verschiedene Standorte in Bestandsgebäuden auf Antrag erst geprüft werden mussten.

Laut Herrn Stv. Feiertag ist der Antrag somit beantwortet und auch erledigt und er bittet, die Baumaßnahme jetzt so schnell wie möglich umzusetzen.

Herr Stv. Fiegenbaum bemängelt bei Herrn Stv. Feiertag, dass dieser den Begriff Kindergarten zu Beginn seiner Rede in einem Zusammenhang gebraucht hat, der der Wichtigkeit von Kindergärten nicht entsprechen würde.

2. neu, alt 4.	Beratung und Beschlussfassung über das Integrierte Städtebauliche Entwicklungskonzept Eschwege „Revitalisierung Stadtbahnhofsquartier“ sowie über die Erweiterung des Fördergebietes „Stadtbahnhof“ und förmliche Festlegung des Stadtumbaugebietes Eschwege „Julphar und westliche Bahnflächen“ Vorlage: 2019/0262/SVV Zuständiger Fachbereich: Fachbereich 3.1
-----------------------	---

Herr Bgm. Heppe trägt die Vorlage vor, begründet sie und bittet, vorlagegemäß zu beschließen

*Herr Stv. Dr. Bödicker (Vorsitzender des Ausschusses für Bauen und Umwelt) trägt aus dem Ausschuss vor, der einstimmig empfohlen hat, vorlagegemäß zu beschließen.
Danach spricht er für die Koalition, die das städtebauliche Entwicklungskonzept begrüßt.*

Herr Stv. Feiertag will ebenfalls zustimmen, wenn aber konkrete Maßnahmen anstehen, sollen diese noch einmal in den Gremien besprochen und mit Bürgern abgestimmt werden.

Frau Stv. Strauß nimmt Bezug auf die Vorlage und bemängelt, dass bei der Rubrik: „Beschreibung der Auswirkung auf das strategische Ziel EnergieStadt (Klimaneutrale Stadt)“ immer steht: Keine Auswirkungen. Sie bittet darum, dies in Zukunft zu konkretisieren.

Beschluss:

Das Integrierte Städtebauliche Entwicklungskonzept, ISEK „Revitalisierung Stadtbahnhofsquartier“ in der vorliegenden Fassung vom 10.09.2019 wird mit den dargestellten Zielen und Maßnahmen gemäß

§ 171 a Abs. 3 BauGB zur Kenntnis genommen und als städtebauliches Entwicklungskonzept gemäß § 171 b Abs. 2 BauGB und i.S.v. Nr. 5.3 der Richtlinie des Landes Hessen zur Förderung der nachhaltigen Stadtentwicklung (RiLiSE) beschlossen.

Der räumliche Geltungsbereich des Stadtumbaugebietes Eschwege „Julphar und westliche Bahnflächen“ gemäß Anlage 2 wird auf Grundlage des Integrierten Städtebaulichen Entwicklungskonzeptes (ISEK), in der Fassung vom 10.09.2019, gemäß § 171 b Abs. 1 BauGB beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Beschlossen

Ja: 30, Nein: ---, Enthaltungen: ---

3. neu, alt 5. Untersuchungskosten für multiresistente Keime im Abwasser Hier: Auftragsvergabe an das Karlsruher Institut für Technologie Vorlage: 2019/0263/SVV
--

Zuständiger Fachbereich: Fachbereich 3.2/ZKW, Fachbereich 1.2

Herr Bgm. Hepe trägt die Vorlage vor, begründet sie und bittet, vorlagegemäß zu beschließen

Herr Stv. John erklärt, dass es keine Grenzwerte gäbe und es somit für das Probeverfahren keine rechtliche Handhabe gebe. Es sollte sich erst noch einmal mit den entsprechenden Behörden in Verbindung gesetzt werden.

Laut Herrn Stv. Heinz sind noch viele Fragen offen und es wurde noch kein Ausschuss mit der Problematik befasst und er beantragt daher, dass der Sachverhalt in den Ausschuss für Bauen und Umwelt (federführend) sowie den Finanzausschuss überwiesen wird.

Herr Bgm. Hepe erklärt, dass der Gesetzgeber dabei ist, Vorgaben zu entwickeln und man wolle den Verursacher finden. Außerdem war die Angelegenheit bereits im Ausschuss.

Da es noch kein Gesetz gäbe, bittet Herr Stv. John darum, die zuständigen Institutionen (Hessisches Landesamt für Naturschutz, Umwelt und Geologie und örtliches Gesundheitsamt) zu kontaktieren.

Laut Herrn Stv. Heinz war im Ausschuss nur die Grundproblematik, aber keine Zielrichtung mit Auftragsvergabe.

Herr Stv. Schneider sieht keinen Bedarf für eine weitere Überweisung in den Ausschuss und fordert daher die heutige Beschlussfassung. Neue Erkenntnisse könnten ja noch mit den Behörden abgestimmt werden.

Laut Herrn Stv. Fiegenbaum ist man sich in seiner Fraktion wegen der Komplexität der Angelegenheit nicht einig und will nicht einheitlich abstimmen.

*Wegen neuer Aspekte schlägt Herr Stv. Gassmann folgenden **Antrag** vor:*

Der TOP wird zur abschließenden Beratung und Beschlussfassung im Ausschuss für Bauen und Umwelt sowie Finanzausschuss behandelt.

Laut Herrn Stv. Dr. Bödicker wurde bereits im Ausschuss alles besprochen; außerdem sei eine Beprobung dringend notwendig.

Während Herr Stv. John sich gegen eine Beprobung ausspricht und vielmehr den Verursacher ermitteln will, widerspricht Frau Stv. Knapp-Lohkemper den Ausführungen von Herrn Stv. John.

Der Antrag der SPD-Stv-Fraktion wird zu Gunsten des Antrages der Linken-Stv Fraktion zurückgezogen.

Änderungsantrag der Linken-Stv Fraktion:

- a) Der Vergabe des Untersuchungsauftrages an das Karlsruher Institut für Technologie in Höhe von bis zu 100.061,64 € wird zugestimmt.
- b) Der Sachverhalt wird zur abschließenden Beratung und Beschlussfassung in den Ausschuss für Bauen und Umwelt sowie den Finanzausschuss überwiesen.

Abstimmungsergebnis:

Abgelehnt

Ja: 13, Nein: 16, Enthaltungen: 1

Beschluss:

Der Vergabe des Untersuchungsauftrages an das Karlsruher Institut für Technologie in Höhe von bis zu 100.061,64 € wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Beschlossen

Ja: 17, Nein: 2, Enthaltungen: 11

4. neu, alt 6. Antrag der CDU-, FWG- und FDP-Stv.-Fraktion betr. #eschwegeplastikfrei Vorlage: 2019/0260/SVV
--

Zuständiger Fachbereich: Fachbereich 3.3, Eigenbetrieb Baubetriebshof, Fachbereich 1.1

Herr Stv. Grüning trägt den Antrag vor, begründet ihn und bittet entsprechend zu beschließen.

Antragstext:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird beauftragt,

1. bis Sommer 2020 eine Strategie zu entwickeln, um bei Veranstaltungen der Stadt selbst, sowie in kommunalen Einrichtungen, auf Einwegplastik bzw. Wegwerfprodukte aus Plastik verzichten zu können. Dabei ist auch zu prüfen, ob dieses bei der Vergabe von städtischen Liegenschaften oder Grundstücken zur Auflage gemacht werden kann. Die Strategie wird im Ausschuss für Bauen und Umwelt vorgestellt.
2. eine Aufklärungsoffensive zusammen mit dem BBH zu entwickeln und umzusetzen, um Bildungseinrichtungen und weiteren Institutionen und Einrichtungen konsequent über die negativen Auswirkungen von Plastikmüll zu informieren und darüber aufzuklären was jeder Bürger dazu beitragen kann, Einweg-Plastikprodukte zu vermeiden.
3. zu prüfen, ob im Zusammenhang mit Partnern (z.B. IHK, DeHoGa, Stadtmarketing) ein städtisches Label bzw. Gütesiegel #eschwegeplastikfrei zu entwickeln ist, dass an den Einzelhandel, Gastro-

nomie oder an Schulen und städtischen Unternehmen, die sich für die Vermeidung von Einweg-Plastikprodukten einsetzen, vergeben werden kann.

Begründung:

Abfälle vermeiden schont Ressourcen und schützt Mensch sowie Umwelt. Abfallvermeidung ist daher vorrangiges Ziel der Abfallwirtschaft. Die Menge des Plastikmülls in Deutschland hat sich in den vergangenen beiden Jahrzehnten allerdings immer weiter erhöht. Angesichts von immer mehr Plastik in unseren Meeren (u.a. in Form von Mikroplastik) und immer größer werdenden Müllbergen sollte auch die Kreisstadt Eschwege im Rahmen ihrer Möglichkeiten künftig einen stärkeren Beitrag zur Abfallvermeidung leisten als bisher.

Herr Stv. Fiege findet den Antrag gut und will zustimmen, ein Bewusstseins- und Verhaltensänderung ist dringend notwendig. Er bemängelt aber, dass der Antrag nicht konkret genug sei und beantragt, den Antrag in den Ausschuss für Bauen und Umwelt zu überweisen.

Danach erfolgt eine Diskussion über das lokale Handeln der Fraktionsgrenzen hinweg.

Herr Stv. Fiege ergänzt seinen Änderungsantrag derart, dass im Ausschuss auch Vertreter des lokalen Einzelhandels eingeladen werden sollen.

Herr Stv. Fiegenbaum will ebenfalls zustimmen und bittet um Überweisung in den Ausschuss für Bauen und Umwelt.

Herr Stv. Schneider verteidigt noch einmal den Ursprungsantrag, es muss zunächst auf der kommunalen Ebene begonnen werden. Für die konkrete Umsetzung sind Partner erforderlich.

Frau Stv. Strauß will in den Ausschuss auch junge Menschen einladen, z.B. die Mitglieder der Bewegung Fridays for future.

Frau Stv. Grauer stimmt dem zu und schlägt vor, auch die Möglichkeiten von Social Media zu nutzen und eine Kampagne zu starten.

Herr Stv. Fiegenbaum erklärt, dass auch Zusammenhänge, die außerhalb der kommunalen Ebene thematisiert werden, hier zu diskutieren.

Laut Herrn Stv. Grüning wurde die Domain „eschwegeplastikfrei“ bereits reserviert.

Änderungsantrag der SPD-Stv.-Fraktion:

Der Magistrat wird beauftragt,

1. bis Sommer 2020 eine Strategie zu entwickeln, um bei Veranstaltungen der Stadt selbst, sowie in kommunalen Einrichtungen, auf Einwegplastik bzw. Wegwerfprodukte aus Plastik verzichten zu können. Dabei ist auch zu prüfen, ob dieses bei der Vergabe von städtischen Liegenschaften oder Grundstücken zur Auflage gemacht werden kann. Die Strategie wird im Ausschuss für Bauen und Umwelt vorgestellt.
2. eine Aufklärungsoffensive zusammen mit dem BBH zu entwickeln und umzusetzen, um Bildungseinrichtungen und weiteren Institutionen und Einrichtungen konsequent über die negativen Auswirkungen von Plastikmüll zu informieren und darüber aufzuklären was jeder Bürger dazu beitragen kann, Einweg-Plastikprodukte zu vermeiden.

3. zu prüfen, ob im Zusammenhang mit Partnern (z.B. IHK, DeHoGa, Stadtmarketing) ein städtisches Label bzw. Gütesiegel #eschwegeplastikfrei zu entwickeln ist, dass an den Einzelhandel, Gastronomie oder an Schulen und städtischen Unternehmen, die sich für die Vermeidung von Einweg-Plastikprodukten einsetzen, vergeben werden kann.
4. *Der Antrag wird zur weiteren Beratung in den Ausschuss für Bauen und Umwelt überwiesen. Auch Vertreter des lokalen Einzelhandels sind einzuladen.*

Abstimmungsergebnis:

Abgelehnt

Ja: 14, Nein: 16, Enthaltungen: ---

Beschluss:

Der Magistrat wird beauftragt,

1. bis Sommer 2020 eine Strategie zu entwickeln, um bei Veranstaltungen der Stadt selbst, sowie in kommunalen Einrichtungen, auf Einwegplastik bzw. Wegwerfprodukte aus Plastik verzichten zu können. Dabei ist auch zu prüfen, ob dieses bei der Vergabe von städtischen Liegenschaften oder Grundstücken zur Auflage gemacht werden kann. Die Strategie wird im Ausschuss für Bauen und Umwelt vorgestellt.
2. eine Aufklärungsoffensive zusammen mit dem BBH zu entwickeln und umzusetzen, um Bildungseinrichtungen und weiteren Institutionen und Einrichtungen konsequent über die negativen Auswirkungen von Plastikmüll zu informieren und darüber aufzuklären was jeder Bürger dazu beitragen kann, Einweg-Plastikprodukte zu vermeiden.
3. zu prüfen, ob im Zusammenhang mit Partnern (z.B. IHK, DeHoGa, Stadtmarketing) ein städtisches Label bzw. Gütesiegel #eschwegeplastikfrei zu entwickeln ist, dass an den Einzelhandel, Gastronomie oder an Schulen und städtischen Unternehmen, die sich für die Vermeidung von Einweg-Plastikprodukten einsetzen, vergeben werden kann.

Abstimmungsergebnis:

Beschlossen

Ja: 30, Nein: ---, Enthaltungen: ---

5. neu, alt 7. Antrag der Grünen-Stv.-Fraktion betr. Präventionsmaßnahmen gegen Starkregenereignisse Vorlage: 2019/0261/SVV

Zuständiger Fachbereich: Fachbereich 3.2, Fachbereich 3.1, Fachbereich 2.1, Fachbereich 1.1

Herr Stv. Fiegenbaum trägt den Antrag vor, begründet ihn und bittet, entsprechend zu beschließen.

Antragstext:

Die Stadtverordnetenversammlung beauftragt den Magistrat,

Präventionsmaßnahmen gegen Starkregenereignisse in Form einer zu erstellenden Gefährdungsanalyse vorzunehmen und ein adäquates Risikomanagement zu erarbeiten.

Hierzu zählen Aufgaben wie folgt:

- Erstellung von Gefährdungskarten, Notfallplänen, Maßnahmenkonzept
- Einbindung von Ämtern, Verbänden, evtl. Grundstückseigentümern
- Information/ Aufklärung an die Bürger

Begründung:

Der Klimawandel bringt zunehmend auch Starkregenereignisse mit verheerenden Folgen mit sich, wie sich im letzten Sommer wieder bis in den Herbst hinein in zahlreichen Städten und Gemeinden nicht nur in Deutschland gezeigt hat. Damit einhergehende kommunale und private und zum Teil immense Schäden bedeuten erhebliche wirtschaftliche und mentale Belastungen sowohl für die Allgemeinheit als auch für den einzelnen, betroffenen Bürger. Neben dem Hochwasserschutz bedarf es u.E. umfangreicher städtischer Vorsorgemaßnahmen, wie sich bereits am Beispiel zahlreicher betroffener Kommunen gezeigt hat. Die Stadt Eschwege sollte hier für die Gemeinden im Werra-Meißner-Kreis vorbildhaft vorangehen und so zeitnah präventiv notwendige Schritte konzeptionell planen, praktisch vorbereiten und im Katastrophenfall zur Ausführung bringen. Hierzu bedarf es der Einbindung am Katastrophenschutz beteiligter Institutionen und Eigentümern besonders gefährdeter Bereiche. Darüber hinaus müssen die Bürger für adäquate Schutzmaßnahmen sensibilisiert werden, damit sie entsprechend private Vorsorgen treffen.

Herr Stv. Volkmar möchte den Antrag in den Ausschuss für Bauen und Umwelt überweisen.

Herr Stv. Feiertag will konkrete Beispiele von Präventionsmaßnahmen (Pflege der Versickerungsmöglichkeiten, Regenrückhaltebecken u.a.) erläutern und stimmt der Überweisung in den Ausschuss zu.

Beschluss (mit Änderungsantrag der CDU-, FWG- und FDP-Stv.-Fraktion):

Die Stadtverordnetenversammlung beauftragt den Magistrat,

Präventionsmaßnahmen gegen Starkregenereignisse in Form einer zu erstellenden Gefährdungsanalyse vorzunehmen und ein adäquates Risikomanagement zu erarbeiten.

Hierzu zählen Aufgaben wie folgt:

- Erstellung von Gefährdungskarten, Notfallplänen, Maßnahmenkonzept
- Einbindung von Ämtern, Verbänden, evtl. Grundstückseigentümern
- Information/ Aufklärung an die Bürger

Der Antrag wird zur weiteren Beratung in den Ausschuss für Bauen und Umwelt überwiesen.

Der Magistrat wird beauftragt, in den Sitzungen des Ausschusses für Bauen und Umwelt zu berichten, welche Präventionsmaßnahmen bei Starkregenereignissen bereits existent und welche Maßnahmen geplant sind.

Zur Sitzung sind neben Vertretern der Institutionen, die im Bereich des Katastrophenschutzes tätig sind, auch Vertreter der für die Katastrophenabwehr zuständigen Kreisbehörde einzuladen.

Abstimmungsergebnis:

Beschlossen

Ja: 30, Nein: ---, Enthaltungen: ---

Herr Bgm. Heppel trägt den Magistratsbericht vom 26.09.2019 folgendermaßen vor:

1. Integrierte energetische Quartierssanierung – Öffentlich-rechtliche Vereinbarung zur Bildung einer interkommunalen Arbeitsgemeinschaft

Der Werra-Meißner-Kreis und die Kommunen Witzenhausen, Großalmerode, Herleshausen, Meißner, Ringgau sowie die Stadt Eschwege haben sich zusammengetan um gemeinschaftlich die energetische Quartierssanierung durchzuführen.

Nach Abschluss der Vorbereitungsphase wurden Fördermittel beantragt. Mittlerweile liegt sowohl die Bewilligung von Fördermitteln von der KfW als auch vom Land Hessen vor (Eigenanteil der Stadt Eschwege liegt bei lediglich ca. 15 %).

Die Vorstellungsgespräche für die Personalauswahl ist erfolgt, so dass voraussichtlich im November 2019 ein Beraterteam, bestehend aus einem Baufachmann, Fördermittelberater und eine halbe Stelle einer Verwaltungsfachkraft mit der Umsetzung des Projekts beginnen wird. Beabsichtigt ist auch, 20% der außerhalb des Förderquartiers liegenden Flächen für künftige Quartiere zu eruieren. Seitens der Verwaltung werden auch sog. Quartierskümmerer vorgeschlagen, wie z.B. das Seniorenforum oder interessierte Bürger. Die inhaltlichen Beratungsleistungen sollen in Kooperation mit dem ISEK-Stadtumbaubüro vor Ort erfolgen, es wird insbesondere eine Lotsenfunktion durch die Vielfalt der Fördermitteltöpfe erwartet. Das Förderprogramm ist zunächst auf ein abgegrenztes Fördergebiet von Altstadt und Brückenhausen begrenzt, es sollen aber auch Beratungsleistungen für angrenzende Gebiete möglich sein.

Beschluss:

Der Magistrat hat der öffentlichen-rechtlichen Vereinbarung zugestimmt.

**2. Stadtsanierung Eschwege – Bahnhofsumfeld
Förderung abschließende Modernisierungs- und Instandsetzungsmaßnahme
Eigentümergeinschaft Georgstraße 7, 9 und 11**

Oberhalb der Hauseingangstüren befinden sich seit dem Bau der Häuser vor 40 Jahre einfach verglaste Elemente. Diese sollen gegen moderne Glaselemente mit geeigneter Dämmung ausgetauscht werden. Auf diesem Wege wird der Eingangsbereich energetisch und optisch verbessert.

Die Förderquote soll analog zur bisherigen durchschnittlichen Förderquote 20% der förderfähigen Kosten betragen.

Somit ergibt sich ein möglicher Förderbetrag von 5.664,00 Euro.

Beschluss:

Für die Modernisierungs- und Instandsetzungsmaßnahme Georgstraße 7, 9 und 11 wird nach Abrechnung der Maßnahme ein Kostenerstattungsbetrag bis zu 5.664,00 Euro aus Sanierungsmitteln zur Verfügung gestellt.

Mit den Eigentümern ist eine entsprechende Modernisierungsmaßnahme abzuschließen.

3. Antrag auf Gewährung einer kommunalen Zuwendung aus dem interkommunalen Förderprogramm „Bauen im Bestand“ der kommunalen Arbeitsgemeinschaft „Mittleres Werratal“ – Neustadt 41 und 43 sowie Enge Gasse 13

Bei den angesprochenen Objekten handelt es sich um zwei aneinander stehende Fachwerkwohngebäude in geschlossener, traufständiger Bauweise.

Die zweigeschossigen Gebäude beherbergen je eine Wohneinheit.

Nr.41 verfügt über ein Zwerchhaus und ein gut ausgebautes Dachgeschoss. Das Gebäude ist bewohnt.

Nr.43 verfügt über ein unzureichend ausgebautes Dachgeschoss mit einer Raumhöhe von unter 1.85m. Auf der Rückseite befindet sich ein alter Schuppen (ehem. Stall) in schlechtem Zustand. Das Gebäude steht seit mehreren Jahren leer.

Beide Gebäude verfügen über einen schmalen, länglichen Garten an der Rückseite.

Angestrebte bzw. vorgeschlagene Maßnahme:

Der Kauf der Nr. 43 ist inzwischen abgeschlossen, der rückwärtige Schuppen ist abgerissen, das Gebäude ist weitgehend entkernt.

Es besteht nunmehr die Absicht, die Nr. 43 erdgeschossig zu einer Wohneinheit von rund 70 m² auszubauen.

Im Obergeschoss erfolgt ein Durchbruch zwischen Nr. 41 und Nr. 43, die Obergeschosse werden vereinigt und dienen der Wohnraumerweiterung der Nr. 41.

Künftig gibt es also eine WE in Nr. 41 zuzüglich dem OG Nr. 43, sowie eine weitere kleinere WE im EG von Nr. 43.

Das Gebäude soll eine Dachstuhlansierung erhalten, dazu zählen:

- Zimmerarbeiten
- Ausrichtarbeiten
- Dacheindeckung
- Dachentwässerung und
- Dämmung der obersten Geschossdecke.

In der Nr. 41 sind alle technischen Gewerke komplett zu erneuern.

Weiterhin ist der Einbau neuer Fenster geplant.

Verschiedene Arbeiten sollen in Eigenleistung ausgeführt werden. Hierzu zählt die Dachdämmung, die Dämmung der obersten Geschossdecke, die Innendämmung und neuer Verputz der Außenwände. Sowie die Verlegung neuer Fußbodenbeläge.

Die Kosten werden insgesamt als förderfähig anerkannt.

Gemäß der Kostenerstattungsbetragsberechnung ergibt sich der höchstmögliche Kostenerstattungsbetrag von 20.000 Euro.

Beschluss:

Der Magistrat hat der Förderung zugestimmt.

Antrag auf Gewährung einer kommunalen Zuwendung aus dem interkommunalen Förderprogramm „Bauen im Bestand“ der kommunalen Arbeitsgemeinschaft „Mittleres Werratal“ – Enge Gasse 13

Beim angesprochenen Objekt handelt es sich um eines der Massivgebäude mit Jugendstilelementen in geschlossener, traufständiger Bauweise in der Engen Gasse. Die Jugendstilelemente finden sich allein an der Fassade zur Engen Gasse, die Gebäuderückseite sowie die nicht nachbarschaftlich angebauten Teile der Giebelfassaden sind massives, klinkersichtiges Mauerwerk.

Im Erdgeschoss befindet sich eine derzeit leerstehende Gewerbeeinheit, in den zwei Obergeschossen sowie dem Dachgeschoss je eine Wohneinheit.

Rückwärtig gelegen befindet sich ein kleiner, komplett von nachbarschaftlicher Bebauung umgebener Innenhof. Der Innenhof ist unterkellert, demzufolge auch versiegelt.

Angestrebte bzw. vorgeschlagene Maßnahme:

Geplant ist die Grundsaniierung des Gebäudes. Die Fassade des gesamten Gebäudes soll gestrichen, Schadstellen ausgebessert werden. Die historische Haustür soll renoviert, die Ladeneingangstür sowie die Ladenfenster werden komplett erneuert. Das Treppenhaus wird gestrichen, schadhafter Putz soll ausgebessert werden. Der PVC-Belag der Treppenanlage wird entfernt, die Treppe soll neue Auftritte und Setzstufen aus Holz erhalten, das Treppengeländer wird ertüchtigt.

Im Erdgeschoss wird die Gewerbeeinheit komplett saniert und ausgebaut, Fußböden, Deckenabhängung und Wandbekleidung werden erneuert, bzw. hergestellt. Weiterhin soll die Gewerbeeinheit eine neue Heizung sowie ein Kunden-WC erhalten. Die Elektroarbeiten und die Sanitärarbeiten für Personaltoilette und Küche sind nicht Gegenstand der Maßnahme.

Der unterkellierte Innenhof soll neu abgedichtet und gepflastert werden.

Die Wohnungen im 1. und 2. Obergeschoss sollen komplett renoviert werden.

Auch bei dieser Maßnahme wird der Förderbetrag 20.000 € betragen.

Beschluss:

Der Magistrat hat der Förderung zugestimmt.

4. Auftragsvergaben

Im Berichtszeitraum hat der Magistrat nachstehend genannte Aufträge vergeben:

- | | |
|--|--------------|
| - Lieferung von 250 t Eisen-II-Chlorid Lösung sowie Lieferung von 350 t Eisen-III-Chloridsulfat Lösung für das Zentralklärwerk (Jahresvertrag) | 80.503,50 € |
| - Neuverlegung des Kanals im Bereich der Torwiese in Eschwege/ Kernstadt, hier: Tiefbauarbeiten | 416.789,61 € |
| - Lieferung von 500 t Weiskalkhydrat CL 90 für das Zentralklärwerk (Jahresvertrag) | 68.900,00 € |

Gesamtsumme: **566.193,11€**

Herr Bgm. Hepe trägt den Magistratsbericht vom 07.11.2019 folgendermaßen vor:

1. Haushaltsberatungen; Terminplan

Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung

- Sitzung am 28.11.2019 entfällt
- Sitzung am 12.12.2019 mit anschließendem Weihnachtsessen bleibt
- **Neu:** Sitzung am 23.01.2020 im **Rathaussaal** (Haushaltseinbringung)
- Sitzung am 06.02.2020 entfällt
- Sitzung am 05.03.2020 bleibt (Haushaltsverabschiedung)

Begründung:

Finanzplanungserlass des Landes Hessen fehlt
Orientierungsdaten KFA fehlen
Starke Heimat Hessen Gesetz
Mit Kreis kommunizieren, Auswirkung auf Kreis- und Schulumlage
Bevor wir im Nebel stochern, mit zig Veränderungslisten arbeiten und Zusatztermine brauchen,
lieber verschieben und ordentlich und transparent abarbeiten.

2. Verteilung der Sportfördermittel 2019

Die Sitzung der Sportkommission hat in diesem Jahr am 16. Oktober stattgefunden. Wichtigster Tagesordnungspunkt war die Verteilung der Sportfördermittel 2019. Auch in diesem Jahr wurden wieder 40 T € für die Sportförderung in den Haushalt aufgenommen.

Nach den Richtlinien für die Verteilung von Sportfördermitteln der Kreisstadt Eschwege sollen besonders die Vereine mit aktiver Jugendarbeit, Vereine mit erheblichen Unterhaltungs- bzw. Nutzungskosten für selbstgenutzte Sportanlagen sowie die Vereine, die weite Fahrten zur Durchführung ihres Wettkampfbetriebes auf sich nehmen müssen, gefördert werden.

Beschreibung der Auswirkungen auf das strategische Ziel FamilienStadt:

Mit den Sportfördermitteln werden Vereine gefördert und damit eine wichtige Infrastruktur für Familien. Besondere Beachtung erhält dabei der Bereich der Kinder und Jugendlichen.

Der Magistrat hat der Verteilung der Sportfördermittel 2019 in Höhe von 40.000,00 € zugestimmt.

3. Auftragsvergaben

Im Berichtszeitraum hat der Magistrat nachstehend genannte Aufträge vergeben:

- Beschaffung eines Multifunktionsgerätes – Plotter/Scanner/Kopierer -	10.896,83 €
- Dorfentwicklungsprogramm Eschwege; Vergabe der Arbeiten für die Umgestaltung des Angers in Albungen	17.807,53 €
- Vergabe von Ingenieurleistungen für die Objektplanung „Verkehrs- anlagen“ und „Ingenieurbauwerke“ für den Ausbau der Auer Straße in Eschwege-Niederdünzobach	85.881,68 €
- Beschaffung eines PKW im Leasingverfahren für das ZKW	21.339,28 €
- Austausch des Drehkolbengebläse in der Gebläsestation auf dem ZKW	33.199,45 €
Gesamtsumme:	169.124,77 €

Danach erinnert Herr Stv. Gassmann an seinen Antrag zum Zustand der Straßen und bittet um zeitnahe Bearbeitung.

7. neu, alt 9. Anregungen

7.1 Morddrohungen gegen Politiker
--

Zuständiger Fachbereich: Fachbereich 1.1

Herr Stv. John gibt bekannt, dass nächsten Mittwoch am Stad ab 16:00 Uhr eine Mahnwache stattfindet.

7.2 Müllbehältnisse

Zuständiger Fachbereich: BBH

Frau Stv. Grauer weist auf fehlende öffentliche Müllbehältnisse (Cyriakusweg, Friedrich-Wilhelm-Straße) hin.

Herr Bgm. Heppe erklärt, dass bereits einige Müllbehälter installiert wurden.

Herr Stv.-V. Hamp schließt die Sitzung um 21:14 Uhr.

**UNTERSCHRIFTSBLATT ZUR NIEDERSCHRIFT ÜBER DIE
SITZUNG DER STADTVERORDNETENVERSAMMLUNG
AM 07.11.2019**

gez. Claus Hamp

Claus Hamp
(Stadtverordnetenvorsteher)

gez. Volker Jatho

Volker Jatho
(Schriftführer)